

AfD

Das Spiel mit den Gegensätzen

25. März 2024, 21:54 Uhr

Politiker der AfD machen Stimmung gegen Zuwanderung und Geflüchtete. Gleichzeitig wirbt die Partei aber immer offensiver um Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund. Wie passt das zusammen?

Von Florian Kappelsberger

Maximilian Krah, der Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl, deutet in die Kamera und sagt: "Es geht nicht um dich!" Sein Zielpublikum: Menschen mit Migrationshintergrund. Die Enthüllungen zum Treffen zwischen Rechtsextremen und AfD-Funktionären in Potsdam, wo über die Vertreibung von Millionen Migranten und Deutschen aus Einwandererfamilien gesprochen wurde? Alles Lügen, so Krah. Integrierte Staatsbürger seien vom Projekt der "Remigration" nicht betroffen. "Du wirst nicht abgeschoben", er zeigt erneut in die Kamera, "denn du sollst mich wählen."

Es ist eines von mehreren Videos der Alternative für Deutschland in sozialen Medien, das sich an Deutsche mit Migrationshintergrund richtet. Immer offensiver wirbt die Partei um deren Stimmen - während ihre Funktionäre gegen Geflüchtete und Migranten Stimmung machen. Was steckt hinter dieser Strategie? Und könnte sie Erfolg haben?

Auf Russlanddeutsche ist die AfD schon früh gezielt zugegangen

Umfassende Studien zu Parteipräferenz und Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund gibt es wenige. Achim Goerres, Politik-Professor an der Universität Duisburg-Essen, untersuchte bei der Bundestagswahl 2017 mit Kollegen das [Wahlverhalten von Deutschtürken und Russlanddeutschen](#). Das Ergebnis: Unter türkeistämmigen Deutschen ging der Stimmenanteil für die AfD gegen null; bei [Russlanddeutschen](#) dagegen lag er bei 15 Prozent, leicht über dem bundesweiten Anteil.

Diese Gruppe sei besonders, sagt Goerres: Weil ihre Vorfahren deutsche Siedler in Russland waren, sähen sich viele von ihnen ethnisch als Deutsche - nicht als Migranten. Russlanddeutsche

wählten lange vor allem die Union; die AfD hat früh angefangen, diese Gruppe gezielt anzusprechen. Bei türkeistämmigen Menschen dominiert dagegen traditionell die SPD. Diese Besonderheiten im Wahlverhalten lösen sich aber zunehmend auf.

Das beobachtet auch Jannes Jacobsen, Forscher am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin. Sein Team hat gerade stichprobenartig Menschen mit Migrationshintergrund in ganz Deutschland befragt, die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet. Eins zeichne sich aber bereits ab: "Ihre Wahlentscheidung unterscheidet sich kaum von der Mehrheitsbevölkerung" - auch im Anteil derer, die für die AfD stimmen. Grundsätzlich beobachtet man eine Angleichung, gerade in Sachfragen wie der Flüchtlingspolitik. Je länger der Mensch hier lebe, so Jacobsen, desto weniger begreife er sich in erster Linie als Migrant, auch nicht beim Wählen.

Ein ähnliches Muster zeigt sich beim politischen Engagement. So sitzen im Bundestag auch AfD-Vertreter mit Migrationsgeschichte. Wie eine Erhebung der Hochschule München im Juni 2023 zeigte, waren es damals rund sieben Prozent der AfD-Abgeordneten. Das sind deutlich weniger als bei Linken (28,2 Prozent), SPD (17 Prozent) oder Grünen (14,4 Prozent), aber mehr als bei FDP (5,4 Prozent) und Union (4,1 Prozent). Auf Länderebene liegt der Anteil für die AfD bei 4,5 Prozent, unter dem Durchschnitt aller Parteien (7,2 Prozent).

Politologen sehen im Vorgehen der AfD eine "Strategie der Verharmlosung"

Diese Mitglieder mit Migrationshintergrund präsentiert die AfD zunehmend selbstbewusst - zuletzt auf einer besonderen Bühne: vor dem Oberverwaltungsgericht Münster. Beim [laufenden Prozess](#) soll geklärt werden, ob der Verfassungsschutz die AfD beobachten darf. Der zentrale Vorwurf: Die Partei unterscheide zwischen deutschen Staatsbürgern und "ethnischen Deutschen". Zur Verteidigung traten drei AfD-Mitglieder mit Migrationshintergrund auf. So erklärte der hessische Landtagsabgeordnete Robert Lambrou, Sohn eines griechischen Vaters: "Dass wir Leute in unseren Reihen haben, die Blech reden, weiß ich nur zu gut. Aber Blech ist Blech." Fremdenfeindliche Ausfälle kämen vor, seien aber in der Partei nicht mehrheitsfähig.

Lambrou hat im Juni 2023 den Verein "Mit Migrationshintergrund für Deutschland" gegründet, nach eigenen Angaben zählt dieser derzeit etwa 50 Mitglieder. Der Verein wird auch in einem aktuellen Imagevideo beworben. Darin treten mehrere Anhänger mit Migrationsgeschichte auf. "Keiner von uns macht sich irgendwie Sorgen in der AfD", sagt etwa Udo Kühn, wissenschaftlicher Referent der AfD-Bundestagsfraktion, "ganz im Gegenteil."

Kai Arzheimer, Professor für Politikwissenschaft an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, sieht darin eine "Strategie der Selbstverharmlosung". Die Partei reagiere so auf die Enthüllungen der Rechercheplattform *Correctiv* zu Plänen millionenfacher "Remigration", die bundesweit zu [Protesten gegen die AfD](#) geführt haben. Noch am Tag der Veröffentlichung hatte Parteichefin Alice Weidel gefordert, die [Hürden zum Entzug der Staatsbürgerschaft zu senken](#), um straffällige Deutsche mit ausländischen Wurzeln abschieben zu können. Seither streitet die AfD ab, dies gefordert zu haben. Die Berichte über das Potsdamer Treffen seien übertrieben, die Position der Partei zu Ausweisungen entspreche geltendem Recht.

Spitzenkandidat Krahn wirbt um Stimmen aus der türkischen Community

Indem einzelne Anhänger mit Migrationshintergrund in den Vordergrund gestellt werden, will sich die Partei laut Arzheimer gegen Kritik an ihrem fremdenfeindlichen Charakter immunisieren: "Das ist eine Taktik, die wir schon seit Jahren in Frankreich sehen." Auch der Rassemblement National von Marine Le Pen stelle [im Zuge seiner Strategie der "Entteufelung"](#) gezielt einzelne Mitglieder arabischer oder afrikanischer Herkunft als Kandidaten auf.

Wie also umwirbt die Partei Wähler mit Migrationshintergrund? Auf Tiktok richtet sich etwa Spitzenkandidat Krahn offensiv an türkeistämmige Deutsche. "Türken sollten eine Partei wählen", so Krahn, "die nicht will, dass ihre Kinder in der Schule umgedreht werden." Krahn impliziert damit, dass Kinder durch den Unterricht zur Homosexualität erzogen würden. Er weist auf angebliche Überschneidungen von türkeistämmigen Menschen mit seiner Partei hin: der Respekt vor Vater und Mutter, die außenpolitische Partnerschaft mit der Türkei in der Tradition einer historischen "Waffenbruderschaft" - und die Blockade von weiterer Zuwanderung. Krahn fragt: "Diejenigen, die jetzt reinkommen: Wem nehmen sie denn die Wohnungen und die Arbeitsplätze weg?"

Darin spiegelt sich die Frage nach dem Umgang mit Minderheiten, die unter Rechten seit Jahrzehnten für eine strategisch-ideologische Debatte sorgt. Sie kristallisiert sich insbesondere in der Frage des Umgangs mit dem Islam: Sieht man Muslime als Feinde des Abendlandes - oder als mögliche Verbündete im Kampf gegen den Liberalismus? Vordenker der Neuen Rechten wie Alain de Benoist oder Thor von Waldstein zeigen durchaus Bewunderung für die islamische Tradition.

Der neurechte Autor Frederic Höfer skizziert in seinem Buch "Feindbild Islam als Sackgasse" (2023) eine Allianz zwischen Rechten und gläubigen Muslimen gegen die vermeintliche Dekadenz des Westens, gegen Feminismus und "Gender-Ideologie". Diese Vision klingt auch bei Krahn

an. In der rechten Szene und in der AfD ist diese Position umstritten.

Die US-amerikanischen Republikaner verfolgen eine ähnliche Strategie

Dennoch entsteht ein widersprüchliches Bild: Während Kraus um die türkische Community wirbt, wettet er in sozialen Medien gegen "kulturfremde, aggressive Analphabeten aus dem Nahen Osten und Afrika". Während sich die Parteispitze nach außen gemäßigt zeigen will, mobilisiert Björn Höcke gegen die angebliche "Islamisierung" Deutschlands.

Dass dieses Nebeneinander durchaus funktionieren kann, zeigt sich auf der anderen Seite des Atlantiks. Donald Trump tritt seit Jahren islamfeindlich auf und will im Falle einer Wiederwahl den sogenannten "Muslim ban" wiedereinführen, ein Einreiseverbot für Menschen aus mehrheitlich muslimischen Staaten. Zugleich suchen die Republikaner auf lokaler Ebene die [Unterstützung von konservativen Muslimen](#), etwa in offensiven Kampagnen gegen Bücher mit LGBT-Bezug im Schulunterricht. Bei der Kongresswahl 2022 gewann die Trump-Partei [elf Prozent unter muslimischen Wählern hinzu](#). Auch unter Latinos wirbt der Ex-Präsident [erfolgreich um Stimmen](#) - nicht zuletzt mit der Angst, dass neue Zuwanderung für sie einen Statusverlust bedeute.

Hat eine solche Strategie auch in Deutschland Aussichten auf Erfolg? Kai Arzheimer ist skeptisch: "Ich halte das Potenzial für sehr gering." Zwar gebe es sicher Einzelne, die mit einer solchen Kampagne erreichbar wären, für den absoluten Großteil der Wähler mit Migrationshintergrund bleibe die AfD aufgrund ihres fremdenfeindlichen Auftretens allerdings unwählbar.

"Die Neue Rechte kann mit Widersprüchen spielen", sagt eine Expertin

Anders sieht das Naika Foroutan, die Leiterin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung. Sie hält die Strategie der AfD für gefährlich. Die Partei habe mit ihrem vorübergehenden Umfragehoch von rund 23 Prozent ein Plateau erreicht, seitdem sinkt die Zustimmung. Nun versuche sie, neue Wählergruppen zu erschließen - auch unter Menschen mit Migrationshintergrund: "Die AfD sieht, dass diese Gruppe aktuell von niemandem umworben wird."

Und diese Taktik habe durchaus Chancen, so Foroutan. In Recherchen und Interviews für ihre Forschung erlebe sie oft, dass sich Menschen mit Migrationsgeschichte für die AfD empfänglich zeigen. Auch in dieser Bevölkerungsgruppe gebe es chauvinistische Einstellungen, regressive

Geschlechterbilder und Unterstützung für Verschwörungstheorien, etwa zur Corona-Pandemie. Dazu käme eine verbreitete Statushierarchie: Menschen, die schon lange da sind, sähen sich als assimiliert und integriert an - und blickten teilweise kritisch auf Neuankömmlinge, die vermeintlich besser behandelt würden. Letztere würden womöglich als Bedrohung für den eigenen Status gesehen, insbesondere in Krisenzeiten. Wenig überraschend also, dass die AfD diese realen Abstiegsängste bedienen will.

Der scheinbare Gegensatz zwischen fremdenfeindlichen Botschaften und dem Werben um migrantische Stimmen könne sogar ein strategischer Vorteil sein, so Foroutan: "Die Neue Rechte muss nicht konsistent sein, sie kann mit Widersprüchen spielen." Im Zeitalter von Tiktok brauche es kein geschlossenes Parteiprogramm mehr; durch soziale Medien ließen sich verschiedene Gruppen auch unterschiedlich ansprechen, die Argumente werden zugeschnitten.

Naika Foroutan sieht die demokratischen Parteien in der Pflicht, mehr auf migrantische Wähler zuzugehen - in der Fußgängerzone, an Haustüren, in sozialen Medien. Noch immer würden sie Menschen mit Migrationshintergrund zu selten als mögliches Klientel begreifen, dabei machen sie rund 14 Prozent der Wählerschaft aus. "Wenn die Parteien jetzt nicht aufwachen", warnt die Forscherin, "können Menschen mit Migrationsgeschichte der Gamechanger in der nächsten Bundestagswahl werden."

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.6488355

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/tifr

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.